

CHINAS SICHERHEIT WIRD ZUKÜNFTIG AM RHEIN VERTEIDIGT!

... und chinesische Kampftruppen besetzen die strategisch wichtige Linie von Köln bis Stuttgart, um dort militärisch einzugreifen, wo es nötig wird. So könnte ein neuer Erlass des chinesischen Verteidigungsministers lauten. Was würde in diesem Land abgehen, wenn so was in der BILD-Zeitung von morgen stehen würde: Aufruhr bei der Frühstückspause? Empörung aller Orten? Mobilmachung der Bundeswehr? Und was ist, wenn der Satz von Kriegsminister Struck „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt!“ anlässlich der Vorstellung der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ ständig wiederholt wird? Jeder geht pünktlich zur Arbeit und zur Schule. Großdemonstrationen gegen die Bundesregierung finden nicht statt. Aber genau das wäre nötiger denn je.

DIE BUNDESWEHR MACHT ERNST MIT IHREN STRATEGIEZIELEN!

Mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm unter dem Motto: Statt Gesundheitsvorsorge für uns – Sicherheitsvorsorge für sie! 35.000 „archaische Krieger“ sollen die Eingreiftruppe bilden, 70.000 Soldaten der Bundeswehr sind als

Besatzungstruppen für andere Länder („Drittstaaten“) eingeplant, womit 5 Militäroperationen gleichzeitig durchgeführt werden können. Die Unterstützungskräfte betragen „137.500 Soldaten plus X“ (O-Ton) als Menschenmaterial und Kanonenfutter. Seit 1998 haben sich die Kosten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr von 178 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2002 verachtacht! Bis zum Jahr 2015 sind 213 Aufrüstungsprojekte für insgesamt 111 Mrd. Euro geplant. Selbst mit dem größten Sozialraub in der Geschichte

der BRD (Hartz-Gesetze, Agenda 2010 etc..) sind diese Kriegspläne nicht mehr zu finanzieren. Die Einsparungen, die dadurch erzielt wurden - und noch viele weitere sind geplant und schon im Begriff, umgesetzt zu werden - bleiben reine Peanuts. Es geht um Milliarden, nicht mehr nur um Millionen Euro.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) sind ein Erlass des Kriegsministeriums und stellen „das verbindliche Strategiepapier der Bundeswehr“ dar. So heißt es dort: „Die Neugewichtung der Aufgaben der Bundeswehr und die daraus resultierenden konzeptionellen und strukturellen Konsequenzen entsprechen dem weiten Verständnis von Verteidigung, [Hervorhebung von uns] das sich in den letzten Jahren herausgebildet hat.“ und „Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff.“ Landesverteidigung ade! Der deutsche Militarismus ist auf dem Sprung.

„Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur gewährleistet werden kann.“

Die VPR bedeuten Bundeswehr-Einsatz im Inneren und das heißt nichts anderes als: Schon in sogenannten Friedenszeiten Zustände wie im Notstand. Und die Bundeswehrführung sagt zu diesem permanenten Kriegszustand der Bundeswehr ganz klar: Die Bundeswehr ist eine „Armee im Einsatz“.

Die Völker Europas sollen in diese Kriegspläne eingespannt werden. Das ist der Inhalt der „EU-Verfassung“, die mit einer Verfassung an sich nichts, dafür aber mit einem Militärdiktat sehr viel zu tun hat: Dort ist zu lesen:

„Die Union ist zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen. (...) Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Es wird ein

„Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet“, um die Verpflichtung zur Aufrüstung auch gleich zu kontrollieren und zu maßregeln.

Der Kriegseinsatz, zu dem jeder EU-Staat gezwungen werden kann, wird in der Verfassung festgeschrieben: „Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit schaden könnte“ (Art I-15, Abs.2). Damit ist die Schlinge um den Hals der EU-Staaten gelegt und die BRD muss nur noch zuziehen!

Es entsteht ein einheitlicher europäischer Militärblock. Eine abweichende Haltung eines einzelnen EU-Mitglieds ist nicht mehr möglich. Und das alles geschieht durch Abstimmungen im EU-Ministerrat. Man kann sich an fünf Fingern abzählen, wer dort den Ton angibt: Nämlich die bevölkerungsreichste, ökonomisch und politisch stärkste Macht, und das ist Deutschland. Das derzeit diskutierte Abstimmungsprinzip der sogenannten „doppelten Mehrheit“, also mindestens 50% der Länder und mindestens 60% der von ihnen repräsentierten EU-Bevölkerung, ist ganz einfach zu verstehen: Ohne Deutschland und vor allem gegen Deutschland wird es keine Mehrheit im EU-Ministerrat geben.

DIE BERLINER REPUBLIK MACHT ERNST MIT IHREN KRIEGSZIELEN!

Während des Irak-Kriegs wurde all das gegen die USA ins Feld geführt, was die deutsche Kriegsregierung zur gleichen Zeit selbst für einen deutschen Krieg vorbereitete. Im Kampf gegen die ureigenen imperialistischen Rivalen schreckt die deutsche Politik vor keiner Lüge, vor keinem Propagandatrick zurück. Zur gleichen Zeit, als Schröder und Fischer über den völkerrechtswidrigen Präventivkrieg der USA gegen den Irak herzogen, da feilte ihr Kriegsminister Struck an seinen Verteidigungspolitischen Richtlinien und hielt genau dieses Präventivkonzept auch in den Verteidigungspolitischen Richtlinien fest. Und Nicolas Burns, NATO-Botschafter der USA kommentierte die militärische Strukturen der EU als „die ernsteste Bedrohung für die NATO“, während die deutschen Beamten im Brüsseler EU-Apparat das Militärdiktat im Gewande einer EU-Verfassung formulierten.

Wenn die Oberen von Frieden reden, dann weiß das gemeine Volk, dass es Krieg gibt (B. Brecht). Und immer noch und schon wieder geht der gemeine Deutsche seiner Regierung und der treu-doof-deutschen, standortnationalen SPD auf den Leim.

Und wer ist der „Feind“? Oder wer ist vor dieser Art „deutscher Sicherheitspolitik“ à la VPR noch sicher? „Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus.“ Liest man dieses Zitat noch einmal, stellt man fest: Alles wird zum potentiellen Feind deutscher Kriegspolitik erklärt.

DIE ARBEITER UND VÖLKER EUROPAS SEHEN DAS ABER ANDERS!

Während des EU-Gipfels in Thessaloniki im Juni 2003 demonstrierten 200.000 griechische Arbeiter und Jugendliche gegen die griechische Regierung und die Pläne zu dieser EU-Verfassung. In Spanien streikten in den letzten Monaten Werftarbeiter gegen EU-Richtlinien und die EU-Verfassung. 100.000 spanische Kollegen gingen auf die Straße und zeigten ihre Solidarität. In Polen demonstrieren Kollegen und streiken Bergarbeiter wochenlang und immer wieder gegen den EU-Beitritt Polens und die EU-Verfassung.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf Betreiben Deutschlands und Frankreichs auf ihrem letzten Treffen am 25./26. März 2004 den sogenannten „Solidaritätsartikel“, Artikel 42 des Entwurfs der europäischen Verfassung „vorzeitig und politisch bindend für alle EU-Mitgliedstaaten“ in Kraft gesetzt.

Dies ermöglicht ab sofort nicht erst im Falle eines Angriffs, sondern bereits „wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag oder einer Katastrophe natürlichen oder menschlichen Ursprungs betroffen ist“ die militärische Intervention bzw. Besetzung eines EU-Staates durch andere EU Mitgliedstaaten und gleichzeitig den umfassenden Zugriff auf die militärischen Ressourcen aller Mitgliedstaaten. Denn in diesem Falle mobilisiert die Union „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel, um (...) im Falle einer Katastrophe einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebietes zu unterstützen.“

Unter welchen Bedingungen der „Solidaritätsartikel“ angewendet werden kann, entscheidet der Ministerrat. Katastrophen menschlichen Ursprungs könnten sein: Streiks und Massendemonstrationen gegen das deutsche Militärdiktat für Europa, auch EU-Verfassung genannt...

Überall in Europa gärt es und in vielen Ländern der EU gehen die Arbeiter und Studenten auf die Straße gegen ihre Regierungen und gegen die EU-Verfassung. Überall? Nein, auf einem kleinen Fleckchen mitten in Europa, politisch und wirtschaftlich gesehen in dem Land, das ganz Europa zu einem Deutsch-Europa zwingt, da herrscht Friedhofsstille. Gerade dort schreitet der deutsche Militarist voran und der deutsche Michel folgt ihm hinterher. Der Erste bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der Andere scheu und widerstrebsam, wie jemand der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als den – Schlachthof!

Sage niemand, er hätte von alle dem nichts gewusst! Zähle einfach 1 und 1 zusammen! Die Zeiten, in der wir die deutschen Kriegspläne verniedlichen konnten, die sind unwiderruflich vorbei. Wer da noch auf die Einbindung der Bundeswehr im westlichen Bündnis NATO hofft, der irrt gewaltig und lebt noch im Vorgestern. Die Zeit der Eindämmung der deutschen Kriegspolitik durch multinationale Verbände nähert sich dem Ende. Angesagt ist das Gegenteil: Die Einbindung Europas in die deutschen Kriegspläne!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!
Organisiere Dich! Alleine schaffst Du's nicht!



Freie Deutsche Jugend – FDJ

Kontakt und V.i.S.d.P.: **FDJ-Zentralrat**, Ringo Ehlert,
Karl-Liebknecht-Haus, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin

E-Mail: mail@FDJ.de, www.FDJ.de, Tel./Fax 030 - 24 00 92 11, E.i.S., April 2004

